

Getrieben durch die internationale Entwicklung ist die aktuelle Wirtschaftskrise durch eine außergewöhnlich rasche und starke Verschlechterung der Wachstumsaussichten auch in Österreich gekennzeichnet. Der Welthandel wird 2009 massiv zurückgehen, wodurch sich auch ein deutlicher Einbruch bei den österreichischen Exporten ergeben wird. Für die kleine offene, stark exportorientierte Volkswirtschaft Österreichs hat dies unmittelbare Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit – die Schrumpfung der Bruttoanlageinvestitionen könnte im Jahr 2009 im

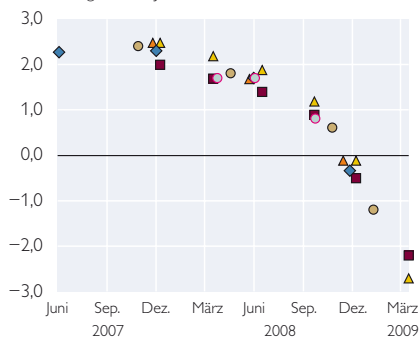
zweistelligen Bereich liegen. Noch Mitte des Jahres 2007 waren alle Prognosen von einem realen Wirtschaftswachstum in Österreich im Jahr 2009 von 2% bis 2½% ausgegangen, bis Sommer 2008 wurden die Wachstumsprognosen zwar merklich, aber noch nicht dramatisch auf etwa 1½% zurückgenommen. Nach der Verschärfung der Finanzmarktsituation infolge des Zusammenbruchs von Lehman Brothers im September 2008 nahm die Größenordnung der Abwärtsrevisionen jedoch eine historisch neue Dimension an. Ende März 2009 geht die OECD

Ernest Gnan,
Peter Mooslechner¹

Entwicklung der Prognosen für das Jahr 2009 für Österreich

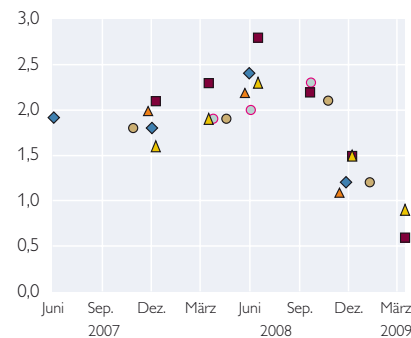
Reales BIP

Veränderung zum Vorjahr in %



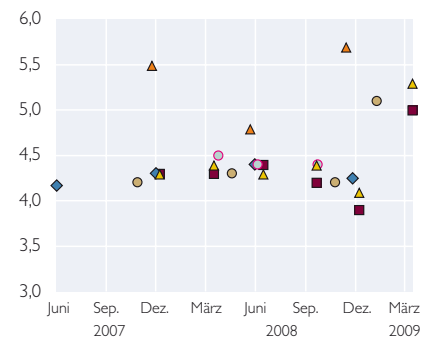
Inflationsrate

in %



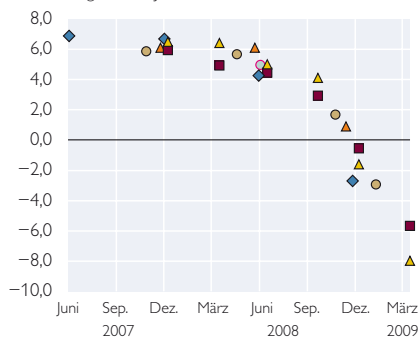
Arbeitslosenquote¹

in %



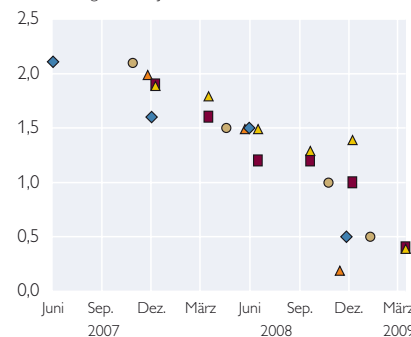
Exporte real

Veränderung zum Vorjahr in %



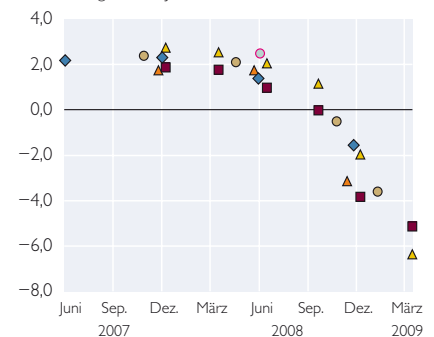
Privater Konsum real

Veränderung zum Vorjahr in %



Bruttoanlageinvestitionen² real

Veränderung zum Vorjahr in %



◆ OeNB ■ WIFO ▲ IHS ▲ OECD ● Europäische Kommission ○ IWF

Quelle: OeNB, WIFO, IHS, OECD, Europäische Kommission, IWF.

¹ Eurostat-Definition; OECD: Definition der OECD.

² IHS: Bruttoinvestitionen.

¹ Die Autoren danken Beate Resch für die Erstellung der Grafiken.

für das Jahr 2009 von einem Rückgang des Welthandels um mehr als 13 % und von einer Schrumpfung der realen Wirtschaftsleistung im Euroraum um rund 4 % aus. Für Österreich revidierten WIFO und IHS die Erwartungen auf $-2,2\%$ bzw. $-2,7\%$ weiter nach unten.

Die Geld- und Wirtschaftspolitik ist in dieser Situation in bisher nicht gekannter Weise gefordert. Dabei sind angesichts des außergewöhnlichen Charakters der Entwicklungen auch außergewöhnliche Maßnahmen erforderlich, die nicht durch das wirtschaftspolitische „Standardrepertoire“ erfasst sind. Dies gilt für die Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsektors ebenso wie für die Geld- und Fiskalpolitik. Dabei treten die üblichen Zeitverzögerungen von ein bis drei Monaten, mit denen Daten zur Wirtschaftsentwicklung zur Verfügung stehen, in dem sich rasch ändernden wirtschaftlichen Umfeld besonders akzentuiert hervor. Rasch verfügbaren Frühindikatoren – die auch unter den besonderen Bedingungen der Krise ihren Erklärungsgehalt behalten – kommt derzeit für die richtige Einschätzung der Wirtschaftsdynamik ein besonders hoher Stellenwert zu. Das vorliegende Schwerpunktheft versucht, dieser Problematik in mehreren Studien aus unterschiedlicher Perspektive nachzugehen und auf diese Weise zu einem besseren Verständnis der aktuellen wirtschaftspolitischen Herausforderungen beizutragen.

Die ersten drei Beiträge widmen sich der Analyse der internationalen und österreichischen Konjunkturentwicklung. *Breitenfellner*, *Schneider* und *Schreiner* geben einen aktuellen Überblick über die internationale sowie europäische Konjunkturlage und präsentieren die jüngste kurzfristige Konjektüreinschätzung für Österreich bis zur Jahresmitte 2009. Demnach wird

das erste Halbjahr 2009 von einer tiefen, globalen Rezession geprägt sein. Freilich lässt jedoch die Tatsache, dass einige Vertrauensindikatoren gemäß den letzten Beobachtungen auf sehr niedrigem Niveau einen Boden gefunden haben, hoffen, dass im ersten Halbjahr 2009 der Konjunkturtiefpunkt erreicht sein könnte und ab dem zweiten Halbjahr eine vorsichtige Erholung möglich erscheint – wenn sich die internationalen Rahmenbedingungen nicht weiter verschlechtern oder neue Schocks auftreten.

Ragacs und *Vondra* gehen auf Basis der letztverfügbaren Exportdaten vom Dezember 2008 detaillierter auf die Frage ein, wie sehr die österreichischen Exporte nach Osteuropa bereits durch den globalen Wachstumseinbruch gelitten haben. 2008 gingen 17,6 % aller Warenexporte Österreichs in die in den Jahren 2004 und 2007 beigetretenen EU-Mitgliedstaaten, für eine breite Definition von 30 zentral-, ost- und südosteuropäischen sowie zentralasiatischen Ländern lag der Anteil sogar bei 24,6 %. Obwohl nun auch Osteuropa von der globalen Krise erfasst wurde, ist der Wachstumsausblick in vielen Ländern Osteuropas – verglichen etwa mit dem Euroraum – nach wie vor günstiger. Simulationen mit dem Makromodell der OeNB ergeben, dass ein den rezentesten Prognosen entsprechender Wachstumsrückgang in Osteuropa im Vergleich zur OeNB-Dezemberprognose einen Wachstumsrückgang für Österreich von 0,7 Prozentpunkten impliziert.

Schließlich präsentieren *Fenz* und *Schneider* einen neuen, von der OeNB entwickelten Frühindikator für die österreichische Konjunkturentwicklung basierend auf Daten der ASFINAG über die Lkw-Fahrleistung. Dieser steht mit einer Verzögerung von nur fünf Werktagen zur Verfügung und erlaubt damit

zwei Monate rascher als bisher eine gute Einschätzung der Entwicklung im abgelaufenen Monat, vor allem der Güterexporte und der Industrieproduktion. Dieser Indikator lässt schließen, dass sich die österreichischen Exporte im Februar und März 2009 weiter stark rückläufig entwickelt haben und demnach mit einem weiteren markanten Rückgang der realen Exporte im ersten Quartal 2009 zu rechnen ist.

Zwei weitere Beiträge befassen sich mit den beiden wichtigsten makroökonomischen Wirtschaftspolitiken: der Geld- und Fiskalpolitik. Zunächst erläutert *Jobst* die tiefgreifenden und weitreichenden Änderungen bei der Umsetzung der Geldpolitik, mit denen das Eurosystem – aber auch viele andere Zentralbanken weltweit – auf die Herausforderungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise reagiert haben. Das geldpolitische Instrumentarium hat sich dabei als äußerst krisenfest erwiesen. Der EZB-Rat konnte den neuen Herausforderungen sehr flexibel begegnen, etwa durch Anpassung der Zuteilungsmodalitäten beim Hauptrefinanzierungsgeschäft (unlimitierter Mengentender), durch eine deutliche Verschiebung der Geldmarktoperationen zu längerfristigen Geschäften mit einer Laufzeit von drei und sechs Monaten sowie durch eine Ausweitung der refinanzierungsfähigen Sicherheiten. Zusätzlich zur deutlichen Senkung der Leitzinsen hat das Eurosystem damit vor allem zur Stabilität des Banken- und Finanzsystems sowie zur Aufrechterhaltung des Finanzierungskreislaufs beigetragen.

Köhler-Töglhofer und Reiss gehen der Frage nach, wie die Fiskalpolitik mittels Konjunktur- und Wachstumspaketen auf den Konjunkturunbruch antworten und welchen Erfolg man sich realistischerweise bei der Abfederung

der realwirtschaftlichen Auswirkungen der Krise erwarten kann. Erwartungsgemäß schränken Entscheidungs- und Wirkungsverzögerungen sowie geringe Multiplikatoren die Konjunkturglättung mittels diskretionärer Fiskalprogramme in der Praxis ein. Angesichts der Tiefe, der möglichen Länge sowie des globalen, synchronen Charakters sowohl der aktuellen Rezession als auch der konjunkturpolitischen Gegenmaßnahmen dürfte diesen Einschränkungen in der derzeit gegebenen Situation jedoch weniger Gewicht beizumessen sein. Die von der österreichischen Bundesregierung bislang getroffenen Inflations- und Konjunkturpakete sowie die Vorziehung der Einkommensteuerreform werden das Wachstum gemäß einer Schätzung mit dem OeNB-Makromodell in den Jahren 2009 und 2010 um $\frac{3}{4}\%$ bzw. $\frac{1}{2}\%$ (kumuliert um $1\frac{1}{4}\%$) stützen und jährlich mit einem positiven Beschäftigungseffekt von etwa 12.000 Arbeitsplätzen (kumuliert über zwei Jahre: 25.000) zeitigen. Gleichzeitig empfehlen die Autoren aber auch eine Selbstverpflichtung zur raschen Budgetkonsolidierung nach dem Ende der Krise.

Zwei abschließende Studien befassen sich zwar nicht unmittelbar mit krisenbezogenen Themen, allerdings ergeben sich bei näherer Betrachtung auch hier Bezüge zur aktuellen Wirtschaftsentwicklung. *Fritzer* untersucht die unterschiedliche Betroffenheit verschiedener Bevölkerungsgruppen durch Inflation. Die Studie findet, dass in der betrachteten Periode von Anfang 2000 bis Oktober 2008 private Haushalte mit geringeren Ausgaben eine (um etwa 0,1 Prozentpunkte) geringfügig höhere Preissteigerung ihres Verbraucherkorbs hinnehmen mussten als der durchschnittliche private Haushalt. Dabei hängen die Inflationsunterschiede freilich weniger von der Höhe der Inflati-

onsrate als vielmehr von unterschiedlichen Konsummustern, unterschiedlich hohen Konsumbudgets und relativen Preisänderungen ab.

Prammer geht schließlich den Auswirkungen öffentlicher Ausgliederungen nach. Letztere werden oft mit Effizienzgewinnen und einer Verbesserung der öffentlichen Finanzierungssituation motiviert. Die Autorin zeigt, dass mit dem betriebswirtschaftlichen Effizienzgewinn jedoch auch verteilungspolitische Implikationen einhergehen können und weiters der konjunkturpolitische Stabilisierungsauftrag des Staats

durch Ausgliederungen tangiert sein kann. Anhand von Fallbeispielen wird gezeigt, dass Ausgliederungen die Einschätzung der fiskalischen Nachhaltigkeit beeinflussen können, ohne dass dies tatsächlich erwartet werden kann.

Die Herausgeber und Autoren hoffen, mit diesen Analysen einen kleinen Beitrag zum Verständnis der aktuellen Wirtschaftslage beitragen zu können und so die Formulierung geeigneter Antworten der Wirtschaftspolitik in einer Zeit ungewöhnlicher Herausforderungen zu unterstützen.